

Neussener Zeitung

Amtliches Kreisblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Preis vierteljährlich in Neuss 1.50 Mk., durch die Post bezogen 1.65 Mk., mit Inland-Unterhaltungsblatt in Neuss 1.80 Mk., durch die Post bezogen 1.95 Mk.
Druck und Verlag: A. Noack, Neuss.
Telephon No. 57.

Anzeigen im lokalen Verkehr 12 Pfg., sonst 15 Pfg., die zweispaltige Petitzeile oder deren Raum. Reklamen 50 Pfg., die 4-spaltige Petitzeile oder deren Raum.
Für die Redaktion verantwortlich: A. Noack, Expedition: Neuss, Neustraße 1.

Ne. 32

Donnerstag, 9. Februar. (Apollonia.)

1905. 80. Jahrg

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich dieser Tage mit dem Etat des Ministeriums des Innern. Zu Beihilfen für unterhaltungsbedürftige ehemalige Krieger sind 9 Millionen angesetzt; vom Reiche sind mehr überwiegen 2 Millionen. Es wird der Wunsch ausgesprochen, es möchten die vorhandenen Anforderungen erfüllt, und es möchte auch für eine einheitliche Handhabung der Bestimmungen gesorgt werden. Eine Revision des Wahlgesetzes unter Wahrung des Dreiklassen-systems wird noch für diese Tagung von der Regierung angekündigt, ebenso eine Vorlage über den Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen. An eine Revision des Vereinsgesetzes in liberalem Sinne sei gedacht worden, die Sache sei aber vertagt worden, weil gleichzeitig im Reiche an einem Gesetz über die Stellung der Berufsvereine gearbeitet werde. Eine Reform des Gesetzes über die Anlage der Sparkassengelder ist in Arbeit, es müssen aber noch Sachverständige gehört werden. Die Budgetkommission genehmigte schließlich den Etat des Ministeriums des Innern unverändert in Ausgaben und Einnahmen. Die nächste Sitzung findet am 10. ds. Mts statt.

Großbritannien.

Die Neuorganisation der englischen Flotte ist mit derselben Klarheit und Energie durchgeführt, die alle Maßnahmen der britischen Admiralität auszeichnet. Nicht nur die Zusammenziehung der beiden Hauptgeschwader nach der Nordsee bezw. dem Kanal, sondern auch die Ausmusterung aller minderwertigen Schiffe ist mit größter Schnelligkeit erfolgt. Vor wenigen Wochen erschien in einem englischen Blatt ein Artikel, in dem darüber geflagt wurde, daß die englische Flottenliste eine große Zahl (80) veraltete Fahrzeuge aufweise, die im Kriegsfall nicht nur nichts nützen könnten, sondern geradezu eine Gefahr darstellen und in einer Seeschlacht dem eigenen Admiral verhängnisvoll werden könnten. Jetzt hat die englische Admiralität bereits alle vor 1889 vom Stapel gelaufenen Schiffe, Kreuzer und Torpedobootszerstörer aus der Liste gestrichen und — als guter Kaufmann gerade in dem Moment zum Verkauf gestellt, wo die Ausmusterung, die preiswert loszuwickeln, die allergeringsten sind. Etwas über 20 000 Mann sind dadurch frei geworden, um auf vollwertigen Schiffen verwendet zu werden.

Rußland.

Nischni, 7. Febr. Eine Anzahl Bauern hat sich um Hilfe an den Gouverneur gewandt, da die schlechte Ernte ihre wirtschaftliche Lage gefährde. Der Gouverneur hat das Versprechen gegeben, alles zu tun, was ihm möglich sei.

Reichstag.

Berlin, 7. Februar.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär v. Posadowsky.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Trimborn: „Kann erwartet werden, daß die Verbündeten Regierungen noch im Laufe der gegenwärtigen Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken und den denselben gleichgearteten Anlagen (§ 154 der Reichsgewerbeordnung) auf höchstens zehn Stunden täglich bemessen wird.“

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Trimborn (Z.) begründet die Interpellation und führt aus: Die Interpellation bezweckt, auf dem Wege des Arbeitsvertrages wieder einmal einen Schritt vorwärts zu dringen. Die moderne Produktionsweise verlangt eine viel intensivere Arbeitsleistung, aber die Arbeitszeit ist nicht im gleichen Verhältnis gestiegen, obgleich die Abkürzung der Arbeitszeit durchweg zum industriellen Fortschritt geführt hat. Sodann aber müssen wir die Arbeitszeit verkürzen, wenn wir wirklich eine Teilnahme der Arbeiter an der Selbstverwaltung haben wollen. Selbstverständlich müssen bei einem solchen Gesetze Ausnahmen vorgesehen sein, wie z. B. für die Saisonarbeit und die Konfektionsindustrie. Wird dieses Ausnahmestystem vorläufig abgemessen, so stehen dem Zehnstundentag wohl kaum Bedenken gegenüber. Wir können mit dem Auslande wirksam nur dann konkurrieren, wenn wir gute Maschinen und ausgerüstetes tüchtiges Arbeiterpersonal haben. Wenn wir in dieser Richtung einen berechtigten Anspruch des industriellen Arbeiters erkennen, so kann er dem landwirtschaftlichen Arbeiter nicht verweigert werden. Die Landwirtschaft dürfte zu große Fortschritte erwachen. Unter allen Umständen müssen wir jedoch, wenn der allgemeine Zehnstundentag heute noch nicht erreichbar ist, die baldige Einführung des Zehnstundentages für Frauen verlangen.

Staatssekretär v. Posadowsky erklärt: Man kann zugeben, daß die Arbeit heute intensiver geworden ist, und man kann auch zugeben, daß vielfach, aber nicht immer, bei geminderter Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit steigt. England, das klassische Land der Arbeiterbewegung, hat heute noch keinen Maximalarbeitszeit. Von den langen Arbeitstagen von 17 Stunden hat man Gott sei Dank abgesehen durch Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Wir sind der Ansicht, der Zehnstundentag ist schon überall möglich und notwendig. Wir werden daher den Zehnstundentag mit Abstufungen des Achtstundentages beantragen.

Nachdem noch Staatssekretär Posadowsky und die Abg. Lehmann (ntl.), Schidert (konf.), Kulersti (Kole), Radwicz (frei. Vag.) und Burdhardt zur Sache gesprochen, erklärt

Abg. Erzberger (Z.), das Zentrum werde nicht ruhen noch rasten, bis der Maximalarbeitszeit erreicht sei.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Debatte über das Toleranzgesetz. Anträge Auer und Sehl, betr. Einsetzung eines Reichsarbeitsamtes und Arbeitskammern.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. Febr.

Am Ministertische: die Minister Freier von Rheinbaben und von Budge.

Die zweite Beratung der Kanalvorlage wird fortgesetzt bei der Einzelberatung über den Rhein-Weierkanal mit Anschließ nach Hannover.

Abg. Woyna (freik.) erklärt, er sei ein überzeugter Anhänger der Vorlage aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Er gebe zu, daß für ihn ein innerer Zusammenhang zwischen Kanal und den Handelsverträgen bestehe. Ohne erhöhte Zölle im Reich könne Preußen sich den Luxus einer so gewaltigen Vorlage nicht leisten.

Abg. Hagen (Zentr.) spricht sich für die Verbesserung des Fahrwassers der unteren Ems und der Zweigkanäle Peine und Hildesheim aus.

Abg. Fürbringer (Zentr.) tritt für das Schleppmonopol ein.

Abg. Oldenburg (konf.) bedauert, daß der Minister Freier von Rheinbaben gestern die Rede Hagens ein Satirspiel genannt, und den Bund der Landwirte mit Schergen und Wiken angegriffen habe, die nicht am Plage waren.

Minister von Rheinbaben erwidert: Die Regierung tritt stets für landwirtschaftliche Interessen ein; es bedürfte nicht der Anregung durch den Bund der Landwirte. Er habe in keiner Weise den Bund angegriffen, und nur Dr. Hagens Behauptung beleuchtet, daß die agrarische Presse Del auf die Wogen gegossen habe.

Hierauf wird Schlußantrag angenommen.

In der darauf folgenden Abstimmung nimmt das Haus gegen den größten Teil der Konserverativen, Freikonservativen und Völen den Rhein-Weierkanal mit Anschließ nach Hannover unter Ablehnung der von den Nationalliberalen beantragten Stichkanäle an.

Ebenso wird die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, betreffend die Verbesserung des Fahrwassers der unteren Ems und Anlage von Schleppzugschleusen auf dem Dortmund-Emskanal angenommen.

Es folgt die Beratung des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin.

Graf v. Ballestrem (Zentr.) spricht sich für die Vorlage aus.

Die Abg. Malfewik (konf.) und Brömel (frei. Vag.) hoffen, daß sich die an den Bau des Großschiffahrtsweges geknüpften Wünsche erfüllen möchten.

Hierauf wird der Großschiffahrtsweg nebst der Resolution angenommen.

Es folgt die Beratung der Verbesserung der Wasserstraßen zwischen der Oder und der Weichsel, sowie der Warthe von der Regemündung bis Posen.

Die Verbesserung der Oder- und Weichselstrecke, sowie die Resolution der Kommission werden nach kurzer Beratung angenommen, ebenso die Kanalisierung der Oder von der Gläzer Mühle bis nach Breslau.

Es folgt die Beratung über die Verbesserung der Landeskulturverhältnisse und den Schadenersatz.

Abg. Strachwitz (Zentr.) begrüßt die in der Vorlage geregelte Schadenersatzpflicht des Staates.

Abg. v. Pappenheim (konf.) wünscht, daß das landwirtschaftliche Ministerium den ihm in der Vorlage eingeräumten großen Einfluß auf die Wasserbauten zum Segen der Landwirtschaft wahrnehmen möge.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen, ebenso die Resolution über die Mosel-, Saar- und Rahn-Kanalisation und den majurischen Kanal.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte einigt sich das Haus, morgen, 12 Uhr, die dritte Lesung der Kanalvorlage vorzunehmen.

Schluß 4 Uhr.

Der Kampf in Rußland.

Petersburg, 7. Febr. Die letzten Ausstände in Petersburg und anderen Städten Rußlands haben den Finanzminister bewogen, dem Kaiser eine Denkschrift zu unterbreiten über die dringende Notwendigkeit der Ausarbeitung von Gesetzen über verschiedene Seiten der Arbeiterfrage, die bisher nicht geregelt sind, und dem Kaiser seine Ansichten über diese Fragen darzulegen. Alle Entwürfe des Finanzministers sind vom Kaiser gebilligt und dann dem Ministerkomitee übermittle worden; sie werden nunmehr auf dem gesetz-mäßigen Wege in Beratung genommen werden. Die Pläne des Finanzministers erklären es für notwendig, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Fabrikanten und Arbeitern ausschließlich auf gesetz-gebeischem Wege zu regeln und die Behörden zu nötigen, daß sie sich den Gesetzen gemäß verhalten. Die Vorschläge des Finanzministers zur Regelung der Arbeiterfrage teilen sich in vier Gruppen. Er hält es für nötig, den Arbeitern durch Gesetz das Recht zu geben, an den Maßnahmen zur Verbesserung ihres Loses mitzuarbeiten. Es sei ferner nötig, gewisse Organisationen zu genehmigen. Geplant sind zwei Arten von Organisationen: die eine betrifft Krankenkassen mit Beiträgen der Fabrikanten sowie der Arbeiter unter gemeinsamer Leitung durch Vertreter der Fabrikanten und gewählte Vertreter der Arbeiter; die andere betrifft Ausschüsse, bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber für die Beratung und Lösung von Lohnfragen und anderen Fragen wegen der Verbesserung der Lage der Arbeiter. Der Finanzminister hält es für möglich, die Arbeitszeit auf 10 Stunden bei Tage und 9 Stunden bei Nacht herabzumindern. Ferner hält er es für möglich, einen Zeitpunkt festzusetzen für die Einführung der Achtstundearbeit. Den Fabrikanten könnte erlaubt werden, an Festtagen Arbeiten ausführen zu lassen, sie müßten aber gehalten sein, den Arbeitern in jedem Monat vier Tage freizugeben. Zur Begrenzung der Ueberstundenarbeit müßten, um Mißbräuche zu verhindern, besondere Maßnahmen ausgearbeitet werden. Nötig sei ferner die Durchsicht der Gesetzesparagrafen über Ausstände und Kontraktbruch. Gegenwärtig werde jeder Ausstand wegen der bestehenden Gesetze nicht vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, sondern notwendigerweise von dem Standpunkt, daß es sich um Verstöße gegen die soziale Ordnung und Ruhe handle. Bei der Durchsicht der gegenwärtigen Gesetze, so meint der Minister, müsse man den westeuropäischen Standpunkt sich zu eigen machen, daß jeder Streik, wenn er nicht von Ueber-tretungen begleitet ist, lediglich wirtschaftlichen Charakters sei und unter gewissen Bedingungen die soziale Ordnung nicht bedrohe. Schließlich betont der Minister die Notwendigkeit der Verbesserung der ärztlichen Hilfe für die Arbeiter. Diese Pläne werden von dem Ministerkomitee gleichzeitig mit der Frage der staatlichen Versicherung erwogen.

Warschau, 8. Febr. Infolge des Ausstandes der Grubenarbeiter macht sich hier ein großer Kohlen-mangel fühlbar. Die Zufuhr hat aufgehört. An der Kohlenbörse werden keine Geschäfte abgeschlossen, in den Kohlenlagern sind die Preise um 60 bis 70 Prozent erhöht worden.

Der russisch-japanische Krieg.

Petersburg, 7. Febr. An Stelle des Generals Gripenberg, der sich auf der Rückreise nach Petersburg befindet, soll angeblich General Jersitsky zum Befehlshaber der zweiten Armee in Ostasien ernannt werden.

Washington, 7. Febr. In amtlichen Kreisen wird erklärt, das Staatsdepartement mache sich keine Hoff-nungen über den Frieden im fernen Osten. Auch wisse man offiziell nichts von irgend einer Erneuer-ung der Bemühungen seitens der Mächte, eine Basis zu finden für eine Vermittelung. Die Vereinigten Staaten würden jedoch, wann und wie immer auch der Friede geschlossen werde, darauf bestehen, daß die Integrität Chinas, die offene Tür und gleiche Rechte für die Mächte in China gewahrt werden.

Sitzung der Stadtverordneten im Rathause

am Dienstag, den 7. Februar 1905,

namittags 5 Uhr.

(Schluß.)

6. Etat des Schlachthofes für 1905.

Der Herr Bürgermeister betont, der Schlachthof sei mit der denkbar größten Sorgfalt ausgearbeitet. Die Unterlagen seien fertig-gestellt auf Grund der statistischen Nachweisungen. Die Säge, die zugrunde gelegt, harmonisierten mit den Sätzen der Fleischbedau im vorigen Jahre.

Stadtv. Koenemann fragt an, ob die Fleisch-bedauer schon angestellt seien?

Der Herr Bürgermeister erwidert darauf mit nein, dieselben müßten erst geprüft werden. Es soll ein Trichinenbedauer fest angestellt und andere verpflichtet werden, bei Bedarf zu er-scheinen.

Schließlich erklärt der Herr Bürgermeister, daß die Stadt nicht daran denke, ein Geschäft aus dem Schlachthof zu machen, er hoffe, daß man

im nächsten Jahre schon mit den Gebühren herunter-gehen könne, er selbst sei der erste, der dies bean-tragen werde.

Stadtv. Tojetti meint, die im Etat ange-setzten Mk. 5000 für Heizung seien wohl kaum zu hoch gegriffen. Darauf erklärt der Herr Bürger-meister, daß er unter Benützung des Abfallfoks von der Gasanstalt mit dieser Summe zurecht-komme.

Dieser Ansicht pflichtet auch Stadtv. Hoff-mann bei.

Der Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit Mk. 52 000.00 schließt, wird angenommen.

7. Abschluß des Vertrages über Anschließ der Ringbahn an die Staatsbahn.

Der diesbezugl. Vertrag wird durch den besol-deten Beigeordneten Assessor Klein verlesen.

Stadtv. Vellerstein findet in dem Vertrage nichts Bedenkliches, glaubt aber, daß niemand aus der Verarmung durch die einfache Verlesung sich ein richtiges Urteil bilden kann und schlägt des-halb bei der Wichtigkeit dieses Vertrages und den traurigen Erfahrungen, die die Stadt bei dem Vertrage mit der Rheinischen Bahngeellschaft ge-macht habe vor, die Ringbahn-Kommission mit der nochmaligen Nachprüfung zu betrauen und zu er-mächtigen, denselben endgültig zu genehmigen.

Der Antrag findet Annahme.

8. Kassierung der Sternstraße zwischen Hoch-straße und Friedrichstraße.

Hierzu führt der Herr Bürgermeister aus, daß im alten Bebauungsplan eine Verlängerung der Sternstraße vorgeesehen sei, die nach den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich wird. Er möchte also vorschlagen, die Verlängerung der Sternstraße zwischen Hochstraße und Friedrichstraße zu kassieren.

Stadtv. Thymwissen meint, ein Teil der Straße sei ja bereits kassiert.

Beigeordn. Zirkel fragt an, ob die Hochstraße bleiben soll, oder ob deren Durchführung in Aus-sicht genommen ist, was seitens des Herrn Bürger-meisters bestätigt wird.

Die Vorlage findet Annahme.

9. Errichtung neuer Lehrstellen.

Die Vermehrung der Schulkinder nimmt, wie der Herr Vorsitzende bemerkt, derart zu, daß an der Schule in der Weingartstraße und Furthstraße weitere Lehrstellen geschaffen werden müssen. Es sind neue Stellen für 2 Lehrer und 2 Lehrerinnen zu schaffen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage debatte-los zu.

10. Ortsstatut für die kaufmännische Fortbil-dungsschule.

Das Ortsstatut hat nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters der Aufsichtsbehörde Veran-lassung zu Erinnerungen gegeben. Es soll die Schulordnung beigelegt und bei einigen Para-graphen ganz unwesentliche Änderungen vorge-nommen werden.

Stadtverordnetenversammlung beschließt dem-gemäß.

11. Begebauetat für 1905.

Derselbe sieht vor zum Begebau: in Position 1, Weg zum Rhein, eine Gesamtausgabe von 2500,00 Mark; in Position 2, Kommunalweg von Neuß nach Bergheim, 5000 Mark; Position 3, Büttger-landstraße 3300,00 Mark; für Begebauunterhal-tungen: 1. Kommunalweg 1. Klasse: von Neuß zum Rheinufer 1200,00 Mark, 2. von Neuß nach Bergheim 4600,00 Mark, von Neuß nach Büttgen 7000,00 Mark; von Neuß nach Bergheim 1000,00 Mark; ferner für den Weg am Nord-fanal entlang zwischen Bergheimerweg und Kölner-strasse 9600,00 Mark; für Kieswege 2. und 3. Klasse zusammen 4000,00 Mk., im ganzen: für un-gepflasterte Straßen 13 775,00 Mark, für Reini-gen der gepflasterten Straßen für durchschnittlich 10 Arbeiter 300 Tage = 3000 Tage à 1,80 Mark, also 5400,00 Mk., 1 Fuhrwerk 300 Tage à 9 Mk. = 2700 Mark, für Gerätschaften und Reparaturen 200 Mark, im Gesamten 8300,00 Mark, außerdem sind vorgegeben 3500 Mark zur Verfügung der Ver-waltung und als eigener Bestand u. s. w., so daß sich also die Gesamtaufwendungen auf 25 575,00 Mark und incl. der unter Vorkläge aufgeführten Summe auf Mark 36 375,00 belaufen.

Stadtv. Thymwissen macht den Vor-schlag, die unter Pos. 1 angelegte Summe nicht zu bewilligen, da durch die für die Ringbahn notwen-dige Erhöhung des ersten Strecks der Chaussee Ver-änderungen vorgenommen werden müssen, zieht seinen Antrag aber zurück, nachdem ihn der Herr Bürgermeister befreit, daß es sich lediglich um die Fortsetzung des asphaltierten Weges nach der Brücke zu handle.

Zu Position 2 beantragt Stadtverordneter Thym-wissen Pflasterung; dieselbe würde nach seiner Ansicht Mark 21 000 kosten.

Diesem Antrage schließt sich Stadtverordneter Koenemann an und zwar aus prinzipiellen Gründen, weil er es für richtig halte, die stark be-fahrenen Wege überhaupt zu pflastern und zwar deswegen, weil eine Pflasterung auf die Dauer sich billiger stelle und es notwendig sei, für eine ordent-liche Instandhaltung der öffentlichen Straßen in Neuß zu sorgen.

101

Don. — Lyne einen Grund zu bauen, (sah) die
Tagelöhner Jakob Schm. am 26. Dez. vor. Jz. des
Jakob A. mit einem Schlagring vor die Brust und
der Schwester des Jakob A., Maria A., mit d.
Faust auf den Kopf. Dafür muß er 11 Tage in
Gefängnis wandern. — Martin Fr. und Johana
B. hatten sich am 15. Dez. vor. Jz. durch We-
nabnahme von Metallstücken aus einem Neubau
Oberstall eines gemeinshaftlichen Diebstahls schuldig
gemacht, was ihnen eine Gefängnisstrafe von
einem Tage eintrug. — Zwei Tage Gefängnis
muß der Maurer Wilhelm B. verbüßen, welcher sich
einem dem Maler B. gehörige Pumpe rechtswidrig
angeeignet hatte. Er kam so milde davon, da er
bisher noch nicht vorbestraft, von einem Anderen
der nicht erspionen, angestiftet war. — Der Tagelö-

Table with multiple columns containing numbers, likely a lottery or financial record. Includes sections like '2. Ziehung der 2. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie' and '2. Ziehung der 2. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie'.

Neueste, Niederstrasse 62. C. W. Korten, Cigaretten, Cigarren, Cigarretten en gros u. detail.

Das Sechswochenamt für die verstorbenen Frau Wilh. Strerath, Ewa geb. Söhnders. Findet am Freitag, den 10. Febr., morgens 9 Uhr, in der Münsterkirche statt, wozu freundlichst einladet Die Familie.

Bekanntmachung. Unter dem Schweinebestande des Fabrikarbeiters Peter Böhl, Bergheimerstrasse 115 hiersebst, ist die Schweinefleische ausgebrochen. Ueber das Gehöft des Genannten ist bis auf Weiteres für den Verkehr mit Schweinen die Sperre verhängt worden. Neuss, den 7. Februar 1905. Die Polizei-Verwaltung. Der Bürgermeister: Sielen.

Bekanntmachung. Der Plan über die Verfertigung einer unterirdischen Telegraphenlinie von der Rheinbrücke durch die Luegallee bis zum Bahnhof Obercaffel liegt bei dem Postamt in Obercaffel (Bez. Düsseldorf) aus. (904) Düsseldorf, 6. Februar 1905. Kaiserliche Ober-Postdirektion. J. B. Hansen.

Im Konkurs über den Nachlass der verstorbenen Maria Hügens aus Büttingen, soll die Schulverteilung erfolgen. Dazu sind verfügbar 10570,66 Mk. Zu berücksichtigte sind 304,20 Mk. bevorrechtigte und 2221,78 Mk. nicht bevorrechtigte Konkursforderungen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Königl. Amtsgerichts zur Einsicht auf. (918) Neuss, 9. Februar 1905. Rechtsanwältin Keller, als Konkursverwalter.

Heute Donnerstag, 9. Febr. cr., nachmittags 4 1/2 Uhr, werde ich hiersebst, Erefelderstrasse 45, 10 Kbf gekochten Seindl, öffentlich für Rechnung dessen den es angeht, gegen gleich bare Zahlung versteigern. Neuss, Erhard, 913. Gerichtsvollzieher.

Freitag, den 10. Februar cr., nachmittags 3 Uhr, werde ich in der Restauration Carl Franzen, Friedrichstr. 21 hier, für Rechnung dessen den es angeht 300 Sack = 1500 kg. Roggenbrotmehl, frei Waagon Neuss, öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigern. Neuss, Blum, 919. Gerichtsvollzieher.

Freitag, den 10. Februar cr., nachmittags 3 Uhr, werde ich in der Restauration Carl Franzen, Friedrichstr. 21 hier, für Rechnung dessen den es angeht 300 Sack = 1500 kg. Roggenbrotmehl, frei Waagon Neuss, öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigern. Neuss, Blum, 919. Gerichtsvollzieher.

Freitag, den 10. Februar cr., nachmittags 3 Uhr, werde ich in der Restauration Carl Franzen, Friedrichstr. 21 hier, für Rechnung dessen den es angeht 300 Sack = 1500 kg. Roggenbrotmehl, frei Waagon Neuss, öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigern. Neuss, Blum, 919. Gerichtsvollzieher.